

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 69. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 23. Oktober 2003

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5 a und 5 b auf:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale (**Jahresabrüstungsbericht 2002**)

– Drucksachen 15/1104, 15/1800 –

Berichterstattung:

Abgeordnete

Dr. Rolf

Mützenich

Ruprecht

Polenz

Dr. Ludger

Volmer

Harald Leibrecht

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Uta Zapf, Petra Ernstberger, Hans Büttner (Ingolstadt), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Marianne Tritz, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen durch Abrüstung und kooperative Rüstungskontrolle**

– Drucksache 15/1786 –

Überweisungsvorschlag:

Auswärtiger Ausschuss (f)

Verteidigungsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Uta Zapf, SPD-Fraktion.

#### **Uta Zapf (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern war ein guter Tag für die Politik der Nichtverbreitung. Wir alle haben mit Erleichterung das Ergebnis der Gespräche der drei europäischen Außenminister – Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands – mit Teheran zur Kenntnis genommen und die gute Nachricht in den Ausschüssen diskutiert.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie des Abg. Harald Leibrecht [FDP])

**Iran** sagt zu, das Zusatzprotokoll der Internationalen Atomenergie-Organisation zu zeichnen, das weit reichende Inspektionen der Atomanlagen ermöglicht. Iran sagt außerdem zu, dieses Protokoll schon vor der Ratifizierung zu implementieren. Iran sagt weiterhin zu, die Urananreicherung und Wiederaufarbeitung auszusetzen und volle Transparenz bezüglich seines Atomprogramms herzustellen.

Dies ist ein großartiger Erfolg einer weisen Dialog- und Verhandlungsdiplomatie. Ich möchte Herrn Außenminister Fischer und seinen beiden Kollegen ausdrücklich von dieser Stelle aus danken. Dies ist ein schöner Erfolg. Frau Staatsministerin, wir bitten Sie, das weiterzusagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle sagen wir aber auch der **IAEO** für ihre stringenten Bemühungen Dank, Iran zu einer völligen Offenlegung der Nuklearprogramme zu bewegen. Dieses Ergebnis ist möglicherweise ein dramatischer Wendepunkt in der Frage der Eindämmung von nuklearer Proliferation, vorausgesetzt, diese Vereinbarungen werden auch umgesetzt. Iran muss seine Zusagen schnell und ohne Abstriche erfüllen. Es muss darauf verzichten, einen geschlossenen Brennstoffkreislauf aufzubauen, und damit auch auf die Option verzichten, waffenfähiges Spaltmaterial zu produzieren. Tut es dies nicht, steht nicht nur die Stabilität einer ganzen Region auf dem Spiel, sondern auch das ohnehin gefährdete Gefüge des Nichtverbreitungsregimes.

Mich erfüllt die Hoffnung, dass dieses Lösungsmodell auch ein Lösungsmodell für den schwierigen Fall **Nordkorea** sein kann. Mit dem KEDO-Prozess wurde ein solcher Versuch bereits früher unternommen. Er ist leider gescheitert. Aber wir haben keine andere Chance, als einen Dialog und eine Verhandlungslösung zu suchen.

Präemptive Militärschläge stellen keine Lösung dar, weder für Nordkorea noch für Iran oder sonst ein anderes Land. Sie sind völkerrechtswidrig und führen zur Eskalation und zur Destabilisierung. Sie unterminieren das **System kollektiver Sicherheit**, das Grundlage der UN-Charta ist. Es gibt keine Alternative zur Stärkung multilateraler Rüstungskontrollregime, wenn die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen unser Ziel ist. Diese Regime müssen gestärkt werden. Es ist völlig richtig, wenn die USA die kollektive Verantwortung aller Teilnehmerstaaten für die Einhaltung der Nichtverbreitungs- und Abrüstungsverträge einklagen, wie es der Vertreter der USA, Herr Rademaker, soeben vor dem Ersten Ausschuss der UN gemacht hat. Gelingen kann dies allerdings nur, wenn alle Teilnehmerstaaten ohne Ausnahme ihre Verpflichtungen vollständig erfüllen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie des Abg. Harald Leibrecht [FDP])

Die Umsetzung der Vertragsbestimmungen, aber auch die Fortentwicklung der Verträge angesichts neuer Herausforderungen ist notwendig. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Die **Universalisierung**, also das Drängen auf Beitritt aller Staaten zu den Konventionen, muss ein zentrales Anliegen multilateraler Rüstungskontrolle sein.

Lassen Sie mich das einmal am Beispiel des **Nichtverbreitungsvertrages** durchdeklinieren. Vor 30 Jahren hatte man noch befürchtet, dass um das Jahr 2000 etwa 25 Staaten über Nuklearwaffen verfügen würden. Tatsächlich haben aber viele Staaten ihre heimlichen Nuklearprogramme aufgegeben und sind dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten, zum Beispiel Südafrika, Brasilien und Argentinien. Im Jahr 1995 gelang es, diesen Vertrag unbegrenzt zu verlängern. Das ist ein wichtiger Punkt.

Nicht zuletzt der Abrüstungsprozess zwischen den großen Nuklearmächten mag dazu beigetragen haben, aber vor allen Dingen auch das Versprechen der Atomkräfte, alle Atomwaffen abzurüsten. Ein schrittweiser Prozess der Einlösung der Abrüstungsverpflichtungen aus dem Art. VI zeichnete sich ab. Der Atomteststoppvertrag lag auf dem Tisch, ein Mandat zum Abkommen über den Stopp der Produktion waffenfähigen Spaltmaterials – das ist der so genannte Cut-off – wurde diskutiert. Im Jahr 2000 einigte sich die Überprüfungskonferenz auf 13 Punkte zur Stärkung des Nichtverbreitungsvertrages und zur Einlösung dieser Verpflichtungen.

Seither aber gab es leider fast keine Fortschritte. Der Atomteststoppvertrag ist nicht in Kraft getreten, Verhandlungen zu einem Cut-off finden nicht statt, der ABM-Vertrag ist aufgekündigt worden, der START-II-Vertrag zur Abrüstung strategischer Waffen wird nicht in Kraft treten. Dafür ist ein Vertrag zwischen Moskau und den USA geschlossen worden, der keine bindende Verpflichtung zur Abrüstung von Nuklearwaffen enthält. Die Umsetzung dieses Vertrages ist umkehrbar, nicht verifizierbar und nicht transparent.

Indien, Pakistan und Israel sind die einzigen Staaten, die dem Nichtverbreitungsvertrag nicht beigetreten sind. Sie entwickeln stattdessen ihre nukleare Rüstung weiter. Nordkorea hat den Nichtverbreitungsvertrag aufgekündigt und droht mit nuklearer Aufrüstung. Japan und Saudi-Arabien stellen Überlegungen an, sich nukleare Abschreckungspotenziale zuzulegen. In den USA werden Forschungen zur Entwicklung neuer, operativer Nuklearwaffen angestellt und es ist vielleicht nur noch eine Frage der Zeit, dass das Testmoratorium fällt.

Kolleginnen und Kollegen, das alles zeigt, dass es Zeit für neues Denken in der Nichtverbreitungspolitik ist und dass neue Instrumente notwendig sind.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Die bereits erwähnten 13 Punkte aus dem Überprüfungsvertrag von 2000 sind zum Teil überholt. Das ist deutlich erkennbar. Deshalb müssen diese 13 Punkte – auch wenn nicht alle obsolet geworden sind – überprüft werden. Es gibt dazu bereits Vorschläge, zum Beispiel von der Middle Powers Initiative, die ich allen Abrüstern und Abrüsterinnen zur Lektüre empfehle.

Ich bitte die Bundesregierung an dieser Stelle ganz offiziell, in diesem Jahr im Ersten Ausschuss der Resolution der New Agenda Coalition zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Es gibt nicht einen Punkt in dieser Resolution, den wir mit unserer Politik nicht voll unterstützen würden und den die Bundesregierung ablehnen müsste.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Regierungsbank nickt!)

– Das ist hervorragend; noch eine gute Nachricht.

Es gibt keinen Multilateralismus à la carte. Bisherige Abkommen können nicht selektiv genutzt werden. Konsensbildung – so mühsam sie ist – ist nicht ein Auslaufmodell des Kalten Krieges, wie der bereits erwähnte Assistant Secretary of State der USA, Rademaker, vor dem Ersten Ausschuss der VN erklärt hat. Sie ist vielmehr eine zwingende Notwendigkeit, wenn man die Welt nicht in gute Staaten und Schurkenstaaten aufteilen will.

**Multilateralität** bedeutet, die Sicherheitsbedürfnisse aller Staaten zu beachten, Stabilität durch Vertrauensbildung zu fördern sowie Transparenz und Überprüfbarkeit der Einhaltung von Verpflichtungen zu garantieren. Die Beteiligung an multilateralen Abkommen muss eine win-win-Situation für alle gewährleisten. Ich glaube, für das jetzt verabredete Prozedere mit dem Iran liegt der Charme genau darin, dass für beide Seiten eine absolute win-win-Situation entsteht. Nur dann kann die „noncompliance“ – das heißt die Nichteinhaltung von Verträgen – mit Fug und Recht von der internationalen Staatenwelt sanktioniert werden.

Die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen auf Staatenebene bleibt die größte Herausforderung der Nichtverbreitungspolitik. Aber ein weiteres Kernanliegen zukünftiger Nichtverbreitungspolitik muss die Sicherung von atomaren, chemischen und biologischen Stoffen vor unbefugtem Zugriff, zum Beispiel durch Terroristen, sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich die **G-8-Initiative „Globale Partnerschaft“** hervorheben, die auf diesem Felde eine hohe Priorität besitzt. Jeder einzelne Staat, der über solche Stoffe verfügt, trägt selber große Verantwortung für ihre Sicherung. Aber es ist auch in unserem eigenen Interesse, anderen Staaten bei der Sicherung dieser Stoffe zu helfen, wenn das für diese Staaten – an dieser Stelle ist **Russland** namentlich zu nennen – mit großen Schwierigkeiten verbunden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir in diesem Bereich schon sehr viel getan haben, zum Beispiel mit der Anlage in Gornj zur Vernichtung chemischer Waffenbestände in Russland. Wir werden das im Rahmen der G-8-Initiative in Kambarka weiterführen, wo ein ähnliches Projekt aufgelegt wird. Wir werden des Weiteren in die Sicherung nuklearer Stoffe einsteigen. Ich halte das für einen sehr wichtigen Bereich, in dem wir in Zukunft noch mehr tun sollten.

Darüber hinaus gibt es ein Projekt im Zusammenhang mit der Entsorgung von U-Booten, die in der Saida-Bucht liegen. Das alles sind sicherlich sinnvolle Projekte. Ich bin dankbar dafür, dass die Bundesregierung einen Beitrag von 1,5 Milliarden Euro über zehn Jahre zugesagt hat, mit denen diese Projekte vorangetrieben werden sollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch kurz die neue Proliferation Security Initiative anführen, die den illegalen Transfer von Massenvernichtungswaffen verhindern und zur Stärkung und Verbesserung internationaler Nichtverbreitungsinitiativen beitragen soll. Wichtig ist, dass die Bundesregierung und die anderen europäischen Regierungen – dafür bedanke ich mich – darauf dringen, dass dies immer im Rahmen des internationalen Rechts geschieht. Das ist ein wichtiger Punkt.

Der Jahresabrüstungsbericht 2002 zeigt Erfolge und die Wichtigkeit multilateraler Nichtverbreitungsabkommen, aber auch Stagnation, die Rückschläge und die Gefährdung des Erreichten auf. Kooperative Sicherheit – das sollte ein Leitgedanke sein – ist kein veraltetes Modell des Kalten Krieges, sondern eine Chance, auch den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Dazu möchten wir mit unserem gemeinsamen Antrag von Rot-Grün einen Beitrag leisten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Nächster Redner ist der Kollege Ruprecht Polenz, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Ruprecht Polenz (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch die Unionsfraktion fand, dass gestern, als die Nachricht über das Einlenken der iranischen Regierung kam, ein guter Tag war. Wir sehen das als einen ersten wichtigen Schritt an, der zu Hoffnungen berechtigt. Ich hoffe – ich glaube, das tun wir alle –, dass man im Rückblick das, was gestern gelungen ist, als einen entscheidenden Durchbruch bezeichnen wird. Auch wir zollen der Leistung unserer Diplomaten und des Außenministers Anerkennung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Gernot Erler [SPD]: Sehr gut! Weiter so, Herr Kollege!)

Es gibt aber auch ein Jubiläum. Fast auf den Tag genau vor 20 Jahren, am 22. Oktober 1983, hat die große Demonstration gegen die Nachrüstung und gegen den NATO-Doppelbeschluss auf den Bonner Hofgartenwiesen stattgefunden.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wohl wahr! – Gernot Erler [SPD]: Da war ich dabei! – Gegenruf des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU]: Aber auf der falschen Seite!)

Damals gab es einen tiefen Konflikt darüber, ob Abrüstung einseitig oder gleichgewichtig und kontrolliert erfolgen sollte. Unsere Position – **Frieden schaffen mit immer weniger Waffen** – erschien damals vielen Demonstranten als unglaublich und illusionär; das weiß ich noch genau. Heute wird in dem von der Bundesregierung vorgelegten Jahresabrüstungsbericht 2002 der Moskauer Vertrag, der im Jahre 2002 zur strategischen Abrüstung zwischen den USA und Russland geschlossen wurde und der eine Reduzierung der Zahl der nuklearen Offensivwaffen um zwei Drittel bis zum Jahre 2010 vorsieht, richtigerweise als Erfolg verbucht. Heute könnte also die Formel „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ unser aller gemeinsames Ziel beschreiben. Grundsätzlich gibt es ja eine große Übereinstimmung im Unterausschuss „Abrüstung und Rüstungskontrolle“.

Im Antrag der Koalitionsfraktionen wird festgestellt, dass sich die Rüstungskontrolle in einer Krise befindet. Ich stimme dieser Feststellung ausdrücklich zu. Es gibt einen neuen **Rüstungswettlauf** in Asien und im Nahen Osten. Besonders besorgniserregend ist dabei, dass er auch eine nukleare Dimension hat; denn Nordkorea und Iran streben – vermutlich oder tatsächlich – nach Atomwaffen.

Welches sind die Ursachen für die Krise der Rüstungskontrolle? Erstens. Die bestehenden Mechanismen der Rüstungskontrolle wurden für den Ost-West-Konflikt entwickelt. Man hat auf eine gleichwertige gegenseitige Abrüstung und gegenseitige Kontrolle gesetzt. Man ging außerdem von der Grundprämisse einer gegenseitigen Abschreckung aus. Man unterstellte sich damit gegenseitig ein kalkulierbares und rationales Verhalten.

Zweitens. Die Mechanismen, die wir bisher kennen, wurden im Hinblick auf die Rüstung von Staaten entwickelt. Man hat gemeinsam bestimmte Kategorien von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen verboten. Man hat multilaterale Abkommen geschlossen, multilaterale Überprüfungen festgelegt und gemeinsame Institutionen wie etwa die IAEA zur Überwachung und Kontrolle geschaffen. Aber heute – das macht die veränderte Lage aus – gibt es zusätzliche oder veränderte Konfliktlagen und Bedrohungswahrnehmungen. Innerstaatliche Kriege, also Bürgerkriege, werden von den bisher bestehenden Rüstungskontrollregimen gar nicht erfasst. Die Privatisierung des Krieges wird davon nicht erfasst. Wir haben das Problem von Terrorismus und Failed States, also zerfallenen Staaten, sowie das Problem der Verbindung von Terrorismus und Staaten, die uns Sorgen machen, die von den Amerikanern „Rough States“ genannt werden.

Wenn man über die Krise der Rüstungskontrollbemühungen spricht, muss man sich natürlich auch mit den Ursachen für die Hochrüstung und für die zunehmenden Rüstungsanstrengungen auseinander setzen. Es sind im Wesentlichen fünf Ursachen:

Erstens: die jeweilige Bedrohungswahrnehmung.

Zweitens: das Streben nach Vormacht, nach Einfluss, nach Prestige.

Drittens: innenpolitischer Machterhalt. Denken wir nur daran, dass Saddam Hussein nicht nur die eigenen Streitkräfte zur Absicherung der diktatorischen Herrschaft gedient haben; er hat sogar die Massenvernichtungswaffen unter diesem Aspekt eingesetzt.

Viertens: Unternehmer in Sachen Gewalt, die Rüstung als lukratives Geschäft betreiben. Denken wir zum Beispiel an die Situation der Warlords in Afghanistan.

**Themen:** terroristische Ziele einschließlich des Strebens nach Massenvernichtungswaffen.

Ich komme zu einem sehr schwierigen Punkt, der aus meiner Sicht ebenfalls eine Ursache für Rüstung sein kann, wahrscheinlich auch schon ist. Ich meine die Nebenwirkungen – so will ich es einmal nennen – unserer **Sicherheitsstrategien**. Wenn die Streitkräfte von klassischer Landesverteidigung auf Interventionsfähigkeit umgestellt werden, wenn wir aus humanitären Gründen intervenieren – aus unserer Sicht völlig berechtigt; wir haben es auch gemeinsam beschlossen –, dann bedeutet das in der Wahrnehmung mancher Dritte-Welt-Staaten – wie man verkürzt sagen könnte – natürlich eine latente Bedrohung und führt zu zusätzlichen Rüstungsanstrengungen.

Auch die Erforschung so genannter Mini-Nukes, durch die die Schwelle eines Atomwaffeneinsatzes gesenkt wird – jetzt nur auf der Forschungsebene, aber es besteht die Gefahr, dass das dann auch operativ umgesetzt wird –, ist sicherlich eher rüstungstreibend als rüstungsbegrenzend. Natürlich gehört in diesen Kontext auch die Diskussion über Prävention und Präemption.

Der Koalitionsantrag stellt also zu Recht fest, dass sich die Rüstungskontrolle in einer Krise befindet und deshalb neuer Impulse bedarf. Er umfasst 21 Punkte und – ich habe es gezählt – 13 Unterpunkte. Das zeigt auf der einen Seite, dass Sie ganz fleißig waren, und auf der anderen Seite zeigt es natürlich auch die Dichte des bisherigen Regelwerks. Im Grunde lauten die Vorschläge, die Sie zur Weiterentwicklung machen, in aller Regel: mehr von demselben, dasselbe noch etwas besser. Das sage ich gar nicht kritisch. In die Richtung geht es im Wesentlichen.

Dass Sie die Bundesregierung ausdrücklich auffordern, finanzielle Zusagen auch einzuhalten – das habe ich mit etwas Schmunzeln gesehen –, versteht in diesem Hause angesichts der finanzpolitischen Unzuverlässigkeit der Bundesregierung nun wirklich jedermann.

(Uta Zapf [SPD]: Wir wollten Ihnen doch etwas zum Schmunzeln geben!)

– Klar, aber es kommt noch mehr.

Sie haben in Ihrem Antrag eine Strategie, die präemptive Militärschläge zulässt, ausdrücklich abgelehnt. Das ist angesichts der Diskussion um das **Solana-Papier** eine, glaube ich, voreilige Festlegung. In dem Papier steht immerhin, dass man in Europa eine strategische Kultur entwickeln soll, die ein frühzeitiges, rasches und, wenn nötig, robustes Eingreifen begünstigt. In dem Solana-Papier heißt es auch: Für eine normgestützte Weltordnung gilt, dass die Gesetze mit den Entwicklungen wie Proliferation, Terrorismus und globale Erwärmung Schritt halten müssen.

Auch in einem anderen Punkt haben Sie sich meines Erachtens falsch festgelegt. Sie fordern Beschlüsse des **UN-Sicherheitsrats** als zwingende Voraussetzung für die Verhängung von Sanktionen. Das geht weit über das gegenwärtige **Völkerrecht** hinaus. Das gegenwärtige Völkerrecht lässt Sanktionen auch ohne Beschluss des UN-Sicherheitsrats zu. Ich weiß nicht, ob es klug ist, dass sich die Europäische Union beispielsweise eines solchen Instruments begibt, so wie Sie das in Ihrem Antrag fordern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Um zu Abrüstungserfolgen zu kommen, müssen auch die neuen Konflikte angegangen werden. Im Hinblick auf Failed States ist Nation Building erforderlich. Gefordert ist eine Antiproliferationpolitik mit Exportkontrollen, aber auch dem Abfangen von Lieferungen von Massenvernichtungswaffen zum Beispiel auf hoher See. Da sind Sie schon an einem Punkt, an dem das Völkerrecht weiterentwickelt werden muss.

Auch bei der Terrorismusbekämpfung werden Sie ohne den Gedanken der Prävention nicht weiterkommen. Dort ist eine Weiterentwicklung des Völkerrechts erforderlich. In der Präventionsdebatte geht es nämlich vor allen Dingen um die letzten beiden Punkte: Antiproliferation und Terrorismusbekämpfung. Natürlich muss jede gefundene Regelung – an diesem Punkt sind wir uns sicherlich einig – allgemein gelten, also auch für Indien und Pakistan, und sie darf nicht konflikteskalierend wirken.

Um zu erreichen, dass weitere Staaten, die miteinander im Konflikt stehen, abrüsten, dürfte es darauf ankommen, ob und wie weit es gelingt, den Grundgedanken durchzusetzen, dass man Sicherheit nicht gegen oder vor einem anderen Staat gewinnen kann, sondern nur miteinander.

Nun komme ich auf den **Nahen Osten** zurück. Man sollte die Bundesregierung auffordern, sich für nahöstliche Rüstungskontrollgespräche stark zu machen. Es hat sie nach der Nahostkonferenz von Madrid von 1992 bis 1995 schon gegeben. Die Veränderungen, die im Irak zuletzt stattgefunden haben, und auch die Veränderungen, die sich im Iran hoffentlich abzeichnen, könnten ein Momentum für solche Gespräche darstellen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

Ich mache mir keine Illusionen: Ein Abkommen zur Abrüstung ist im Nahen Osten vorläufig nicht zu erreichen; aber ein Forum könnte dazu dienen, Bedrohungswahrnehmungen der beteiligten Staaten auf den Tisch zu bringen. Syrien könnte, anders als damals, bereit sein, teilzunehmen. Es hat nämlich selbst vorgeschlagen, die amerikanischen Vorwürfe, man habe Massenvernichtungswaffen, nicht bilateral mit den Amerikanern, sondern im internationalen Rahmen zu behandeln. Natürlich müssten, anders als damals, auch der Iran und der Irak – notfalls die dortige Übergangsregierung – dazu eingeladen werden.

Solche nahöstlichen Rüstungskontrollgespräche wären auch eine Chance für die USA und den Iran. Es gibt aus unterschiedlichen Gründen für beide Regierungen bisher keine offiziellen Möglichkeiten, sich in bilateralen Gesprächen auszutauschen; aber im multilateralen Rahmen könnte man Positionen gegenseitigen Interesses klären.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Ruprecht Polenz (CDU/CSU):**

Ich komme zum Schluss.

Letztlich wäre eine solche Initiative – an ihr müssten Europäer und Amerikaner nämlich in jedem Fall teilnehmen – auch ein Signal, dass Frieden und Sicherheit im Nahen Osten ein gemeinsames transatlantisches Interesse ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Für die Bundesregierung hat jetzt die Staatsministerin Kerstin Müller das Wort.

**Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht erst seit dem 11. September 2001 wissen wir, dass sich die Sicherheitslage seit dem Ende des Kalten Krieges völlig verändert hat. Wir sind mit ganz neuen, komplexeren sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert – Kollege Polenz hat einige davon erwähnt –: mit der Terrorismusgefahr, regionalen Instabilitäten, der Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Failed States. Angesichts dieser neuen, komplexeren Herausforderung brauchen wir die Rüstungskontrolle mehr denn je.

Da dabei kein Staat im Alleingang Aussicht auf Erfolg haben kann, setzt die Bundesregierung auf Zusammenarbeit und natürlich auf **Konfliktprävention**, und das vor allem im multilateralen Rahmen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich stimme den Prämissen des Koalitionsantrages ganz ausdrücklich zu. Ein Ansatz, der allein auf militärische Mittel zur Gewährleistung von Sicherheit setzt, ist verfehlt. Wir müssen die zur Verfügung stehenden internationalen Rüstungskontrollmechanismen effektiv nutzen und verbessern, um adäquate und wirksame Antworten auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu finden und um vor allem das Risiko zu mindern, dass Terroristen Zugriff auf solche Waffen erhalten könnten.

Die Gespräche der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands vorgestern in Teheran wurden hier erwähnt. Diese Gespräche haben uns gezeigt, dass eine kooperative Sicherheitspolitik mit den Mitteln der Diplomatie erfolgreich sein kann, auch wenn es schwierig ist. Der Iran hat sich zur vollen Kooperation mit der IAEO sowie zur Zeichnung und Umsetzung des Zusatzprotokolls klar bekannt. Er hat zugesagt, alle Aktivitäten zur Urananreicherung und zur Wiederaufbereitung vorläufig zu suspendieren. Damit werden zentrale Forderungen der internationalen Gemeinschaft in der Tat vorerst erfüllt.

Ich glaube, das Ergebnis eröffnet wirklich die Chance für eine längerfristige Lösung und dafür, dass internationales Vertrauen wieder hergestellt werden kann. Es stärkt aber auch insgesamt das Nichtverbreitungsregime bzw. den Nichtverbreitungsvertrag. Wir hoffen wirklich, dass es nun auch zur Umsetzung dieser Zusagen kommt. Darauf wird vor allen Dingen die IAEO, darauf werden aber auch wir achten.

Das Beispiel zeigt: Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sind der beste Ansatz für friedliche Lösungen auf globaler wie regionaler Ebene. Es muss mehr denn je darum gehen, die vorhandenen Instrumentarien im Abrüstungs- und Nichtverbreitungsbereich zu stärken. Darum bemüht sich die

Bundesregierung. Angesichts **neuer Rüstungswettläufe** – das wurde schon erwähnt – hoffe ich wirklich, dass wir dabei mit den Mitteln der Diplomatie in Zukunft erfolgreich sein werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Im Kampf gegen Proliferation spielen aber auch die Ausfuhr von kleinen und leichten Waffen, zugehöriger Munition und entsprechender Herstellungsausrüstung sowie die Lieferungen von Dual-use-Gütern in Drittländer eine sehr große Rolle. Sie erlauben, dass ich auch in der Debatte zum Jahresabrüstungsbericht auf dieses Thema eingehe. Hier leistet die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag, weil sie auf diesem Feld eine äußerst restriktive Rüstungsexportpolitik betreibt. So sollen unter anderem künftig in Drittländern außerhalb von NATO und EU keine neuen Herstellungslinien für Kleinwaffen oder entsprechende Munition mehr eröffnet werden. Ferner beabsichtigen wir, den Exportgrundsatz „neu für alt“ anzuwenden, wo immer dies möglich ist. Das heißt, Lieferverträge sollen so gestaltet werden, dass außer Dienst gestellte Kleinwaffen zu vernichten sind und so dem Weiterverkauf entzogen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir haben für diese Politik auch auf der **Ersten VN-Konferenz zum Kleinwaffenaktionsprogramm** im Juli dieses Jahres in New York nachdrücklich geworben und uns für die Kontrolle von Rüstungsexporten und Waffenvermittlungsgeschäften eingesetzt. Dies ist uns eine zutiefst humanitäre Verpflichtung wie auch unsere fortgesetzten Bemühungen für ein umfassendes Verbot von Antipersonenminen.

Außerdem ist die Genehmigungspraxis der Bundesregierung bei der Ausfuhr von Dual-use-Gütern, die neben ihrem regulären zivilen Zweck auch für Massenvernichtungswaffenprogramme missbraucht werden könnten, seit langem sehr restriktiv; sie genießt nicht zuletzt deswegen internationale Wertschätzung. Mit Blick auf die fortgesetzten Beschaffungsversuche einiger Staaten und auf die Gefahr des Zugriffs von Terroristen auf Massenvernichtungswaffen arbeiten wir hier aktuell an einer Verschärfung bei der Umsetzung der einschlägigen Instrumentarien der Exportkontrolle.

Meine Damen und Herren, zum Schluss will ich Ihnen allen noch einmal für Ihre Unterstützung bei dieser schwierigen Aufgabe der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung danken. Ich hoffe, dass wir auch zukünftig mit Ihrem Rückhalt rechnen können, wenn es darum geht, diese Herausforderungen als ein prioritäres Aufgabenfeld für die EU fest zu verankern. Da stehen wir am Anfang. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass wir auch hier weiterkommen und zukünftig eine wichtige Rolle bei Abrüstung und Rüstungskontrolle spielen werden.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Harald Leibrecht von der FDP-Fraktion.

**Harald Leibrecht (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen zu verhindern ist wichtiger und dringlicher als je zuvor. Das hat die aktuelle Situation im Iran gezeigt. Ich selber war vor wenigen Tagen mit dem Auswärtigen Ausschuss im Iran, um mir selbst ein Bild über die Lage vor Ort zu machen. Während dieses Besuchs versuchte die iranische Führung, uns davon zu überzeugen, dass sie mit ihrem Nuklearprogramm nur zivile Nutzung anstrebt. Wie Sie wissen, waren wir jedoch anderer Meinung. Inzwischen scheint die iranische Regierung umzudenken: Sie wird das **Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag** unterschreiben und Inspektionen vor Ort zustimmen. Dies, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist in der Tat ein bemerkenswerter Erfolg unseres Außenministers und seines britischen und seinem französischen Amtskollegen. Hierfür drücke ich die Anerkennung auch der FDP-Fraktion aus.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie Sie wissen, ist die FDP mit der derzeitigen deutschen Außenpolitik nicht immer einverstanden, so auch in der Frage des **Kunduz-Einsatzes** in Afghanistan. Am Dienstag hat sich gezeigt, dass eine einheitliche europäische Außenpolitik erfolgreich sein kann. Bei aller Zuversicht muss ich dennoch sagen: Der Iran muss den Worten jetzt Taten folgen lassen. Ich hoffe nicht, dass der Iran irgendwann sein Atomwaffenprogramm fortsetzt. Das jetzt zugesagte Aussetzen des Programms stimmt zwar optimistisch, lässt aber Hintertüren offen. Auch ohne dieses Nuklearprogramm geht vom Iran eine potenzielle militärische Gefahr aus. Wie Sie wissen, verfügt der Iran über Langstreckenraketen, die Israel erreichen können. Das Beispiel Iran zeigt, wie schnell eine internationale Bedrohung von einem Land ausgehen kann, wenn es Massenvernichtungswaffen entwickelt oder herstellt.

Wir müssen in diesem Bereich die Ursachen sozusagen an der Wurzel packen. Ohne Material und Know-how aus dem Ausland wäre selbst ein Land wie der Iran kaum in der Lage, ein Nuklearprogramm voranzutreiben. Ob durch Unterstützung russischer Unternehmen oder durch Unterstützung aus Nordkorea: Immer wieder weisen Spuren in diese Länder, wenn es um Nuklearprogramme geht. Wir müssen dazu beitragen, dass **Rüstungsexporte**, die der Herstellung von Massenvernichtungswaffen dienen, endlich unterbunden werden.

Iran ist Abrüstungspolitisch ein wichtiges Thema, aber bei weitem nicht das einzige. Der Abrüstungsbericht der Bundesregierung für 2002 ist schön aufgearbeitet und liest sich in weiten Teilen wie eine einzige Erfolgsstory.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Das ist eine!)

Dass dieser Bericht aber nicht nur schön, sondern leider auch schönfärberisch geschrieben ist, zeigt schon die Tatsache, dass die Regierungsfractionen zum Abrüstungsbericht heute einen eigenen Antrag einbringen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat mit parlamentarischer Demokratie zu tun!)

In diesem Antrag ist die Aussage enthalten – Herr Polenz hat schon darauf hingewiesen –:

Die Rüstungskontrolle befindet sich in einer Krise und bedarf deshalb neuer Impulse.

Das ist wohl wahr.

Viele der unzähligen Abrüstungsabkommen stammen in der Tat aus der Zeit, als die Welt noch in Ost und West geteilt war. Sie passen heute nicht mehr. Für die Bewältigung der neuen Herausforderungen sind diese Abkommen unzureichend. Das ist der Grund dafür, dass einzelne – wie wir wissen: ganz maßgebliche – Länder sich nicht mehr auf die multilateralen Instrumente der Rüstungskontrolle verlassen, sondern auf Bedrohungen inzwischen unilateral reagieren.

Abrüstungspolitik braucht deshalb – mehr als ein Jahrzehnt nach dem **Ende des Ost-West-Konflikts** – dringend eine Bestandsaufnahme. Damit meine ich nicht eine Auflistung der unterschiedlichen Instrumente; diese Auflistung ist in dem Abrüstungsbericht enthalten. Ich meine eher eine ehrliche und kritische Auseinandersetzung mit den Fragen, was diese Instrumente heute noch leisten können, wie wir sie an grundlegend veränderte Situationen anpassen können und wie neue Instrumente möglicherweise aussehen sollten. Genau das bietet der Abrüstungsbericht eben nicht.

In der ersten Lesung des Abrüstungsberichts haben Sie, Frau Staatsministerin Müller, für die Bundesregierung angekündigt:

Wir müssen die vorhandenen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsinstrumente stärken und schärfen.

Ich fordere die Bundesregierung auf, das nicht nur anzukündigen, sondern auch in diesem Bereich zu handeln und gleichzeitig mit den Partnern auf internationaler Ebene zu prüfen, ob wir möglicherweise neue, effektivere Instrumente brauchen.

Gerne hätte ich in diesem Abrüstungsbericht gelesen, was vonseiten der Bundesregierung getan wird, um Rüstungskontrollen in Zukunft zu verbessern.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie gestern im Unterausschuss gehört!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt die Kollegin Petra Ernstberger von der SPD-Fraktion.

**Petra Ernstberger (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Leibrecht, es gibt eine ganz einfache Möglichkeit, nämlich unserem Antrag zuzustimmen.

(Uta Zapf [SPD]: Richtig!)

Auch ich möchte, wie schon viele Vorrednerinnen und Vorredner, Erleichterung über und Dank für den Erfolg zum Ausdruck bringen, den die Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens auf ihrer Iran-Mission errungen haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Man stelle sich nur einmal vor, was passiert wäre, wenn der Erfolg ausgeblieben wäre. Der Iran gehört nämlich zu den Unterzeichnern des Nichtverbreitungsvertrages. Die Glaubwürdigkeit vertragsgestützter Abrüstung und Rüstungskontrolle steht und fällt doch mit der Bereitschaft der Staaten, die Verträge, die sie unterschrieben haben, einzuhalten. Ein Vertragsbruch bzw. der Ausstieg aus diesem Nichtverbreitungsvertrag hätten sowohl für die Region als auch für die Politik der Rüstungskontrolle zu unabsehbaren Konsequenzen führen können. Sogar eine Eskalation bis hin zu einem Krieg wäre denkbar gewesen.

Im Augenblick können wir aufatmen; aber es ist keinesfalls so, dass alle Fragen geklärt wären. Das Zusatzprotokoll bezüglich der **Safeguards der IAEO** ist noch nicht unterschrieben. Die Urananreicherung ist lediglich ausgesetzt. Es bleiben also noch offene Fragen. Es ist eine Tür aufgestoßen worden; jetzt muss weitergearbeitet werden.

Wir begrüßen die Schritte der drei Außenminister, weil sie zur Deeskalation beigetragen haben. Sie haben gezeigt, dass die Europäer in der Frage der Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen handlungsfähig sind und erfolgreich sein können, wenn sie in den Zielen und bei den einzusetzenden politischen Mitteln einig sind und an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Deswegen macht es Sinn, die Politik der Deeskalation weiterzuentwickeln. Staaten dagegen zu einer „Achse des Bösen“ zu zählen ist in meinen Augen wenig hilfreich und kann das Gegenteil von Deeskalation bewirken. Wir dürfen deshalb nicht darin nachlassen, nach Wegen einer politischen Einbeziehung zu suchen, auch wenn uns der Charakter von bestimmten Regimen nicht gefällt. Es kommt auf die richtige Mischung aus politischem Druck und politischer Einbeziehung an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Abrüstungsbericht der Bundesregierung enthält zahlreiche Beispiele dafür, was unter Einbeziehung zu verstehen ist, und zahlreiche Gründe dafür, warum hierdurch Sicherheit und Stabilität zu gewinnen sind. Die wichtigste Maßnahme, um die Sicherheit durch Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge zu erhöhen, ist die **Universalisierung bereits bestehender Abkommen**. Es müssen alle beitreten, liebe Kolleginnen und Kollegen, eben auch „die Bösen“.

Bei der Nichtverbreitung von Atomwaffen ist das bereits weitestgehend gelungen. Nach dem Beitritt Kubas zum Nichtverbreitungsvertrag im letzten Jahr sind es eigentlich nur noch drei Staaten, die nicht beigetreten sind und sich somit auch nicht den Verpflichtungen des Vertrages unterworfen haben, nämlich Indien, Pakistan und Israel. Es ist sicherheitspolitisch sinnvoll, auch diese drei Staaten nicht auszugrenzen oder mit Sanktionen zu belegen; man muss ihnen vielmehr Möglichkeiten der Mitwirkung beim internationalen Dialog und eine Mitsprache bei Entscheidungen über globale Sicherheitsfragen einräumen.

Indien hatte sich früher beklagt, bei wichtigen internationalen Sicherheitsfragen keine Beachtung zu finden. Das hat sich geändert – seit den indischen Atomtests. Diese Verquickung können wir nicht wollen. Deshalb müssen wir künftig mehr tun, um sie unattraktiv zu machen.

Bei den beiden anderen **Massenvernichtungswaffen**, den C- und B-Waffen, sowie den Trägersystemen ist noch längst keine Universalität erreicht. Insbesondere die Länder des Nahen und Mittleren Ostens müssen gedrängt werden, die Verträge zu unterzeichnen und den daraus erwachsenden Verpflichtungen nachzukommen.

Der Abrüstungsbericht 2002 ist – wie alle seine Vorgänger – informativ und eine gute Basis für die Arbeit in unserem Unterausschuss. In diesem Jahr ist er besonders von den Terrorangriffen am 11. September 2001 und den Entwicklungen im Irak geprägt. Er spiegelt die Bemühungen der Einzelstaaten und der verschiedenen internationalen Organisationen und Allianzen um die Bekämpfung des Terrorismus wider und thematisiert insbesondere die Möglichkeit, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände von Terroristen gelangen.

Für die Beurteilung all dieser Maßnahmen ist es zweckmäßig, sich die bisherigen Daten über den Einsatz von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen vor Augen zu halten. In den letzten 25 Jahren hat es vier signifikante Angriffe von Terroristen, also nicht von Staaten, gegeben, die Giftgas, Krankheitserreger oder radioaktives Material als Waffe eingesetzt haben. Der erste Fall war 1984, als eine religiöse Sekte im Zusammenhang mit Lokalwahlen den Salat eines Restaurants in Oregon mit Salmonellen vergiftete: 751 Erkrankte. Der zweite Fall war 1990, als die Liberation Tigers of Tamil Eelam, die LTTE, die Streitkräfte von Sri Lanka mit Chlorgas angriffen: 60 Verletzte. Der dritte Fall fand 1995 statt, als die **japanische Aum-Shinrikyo-Sekte** die U-Bahn von Tokio mit flüssigem Sarin angriff. Der letzte Fall fand im September 2001 nach den Terroranschlägen in den USA statt, als es Angriffe mit Milzbrand- und Anthraxbriefen gab. Im Abrüstungsbericht werden zusätzlich Ricinfunde in Großbritannien und Blaupausen zum Bau radiologischer Waffen bei nicht näher charakterisierten Terroristen thematisiert.

Dies ist eigentlich eine relativ schmale Datenbasis für verallgemeinerbare Kenntnisse über die Bereitschaft von Terroristen, Massenvernichtungswaffen zu erwerben, zu produzieren oder sie direkt einzusetzen.

Entsprechend beliebig erscheinen die im Abrüstungsbericht aufgeführten Maßnahmen, um dieser Problematik Herr zu werden. Einleuchtend und relativ naheliegend sind alle Maßnahmen, die sich auf die Sicherung von nuklearen Materialien, Nuklearwaffen und chemischen Substanzen sowie auf die Vernichtung von C-Waffen in Russland beziehen. Frau Kollegin Zapf hat bereits die Global Partnership erwähnt, die ein Erfolgsmodell Deutschlands ist, weil wir im Rahmen der Anlage in Gorny Vorarbeit für die Vertrauensbildung mit Russland geleistet haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist wirklich gut angelegtes Geld; denn die Kontrolle der Risikobestände von hoch angereichertem Uran, Plutonium und der chemischen Waffen in Russland ist besonders vordringlich. Ebenso bedeutsam wäre es, einen Vertrag über ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke abzuschließen. Auch das Thema Cut-off-Abkommen hat Frau Kollegin Zapf bereits angesprochen. Diese Verträge, über die im Prinzip schon seit 1978 verhandelt wird, scheitern immer wieder daran, dass die Interessenlage Chinas und der USA sehr unterschiedlich ist.

Es ist sehr anzuerkennen, dass im vorliegenden Abrüstungsbericht nicht nur die Erfolge und die positiven Schritte der bisherigen Abrüstungsarbeit dargestellt, sondern auch verpasste Chancen thematisiert werden. Zu einer dieser verpassten Chancen gehört die Uneinigkeit über ein brauchbares Kontrollregime für den **B-Waffen-Vertrag** und den Teststoppvertrag, die beide nach wie vor noch nicht in Kraft sind, obwohl hierfür bereits vor längerer Zeit in Wien eine Kontrollbehörde geschaffen wurde.

Die so genannten neuen Bedrohungen, das heißt die Gefahr der Weiterverbreitung von Massenvernichtungsmitteln, der Terrorismus und die unkontrollierte Macht von kriminellen Organisationen in schwachen oder zerfallenden Staaten, haben neue Anforderungen an die Rüstungskontrolle gestellt. Die Staatenwelt muss sich insgesamt sicher sein, dass die Verträge, die die Staaten unterschreiben, auch wirklich eingehalten werden. Dafür müssen die entsprechenden Überprüfungsmechanismen deutlich erweitert werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Wenn wir all dies nicht hätten und nicht weiter forcieren würden, wäre die Alternative, Zwangsmittel einzusetzen oder militärische Gewalt anzuwenden. Aber wir Abrüster können, so glaube ich, einstimmig sagen: Abrüstung durch Krieg ist für uns völlig unakzeptabel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Position, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir aber nur durchhalten, wenn es uns gelingt, Abrüstung durch Verträge als eine realistische Strategie darzustellen, die zum Erfolg führt.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Karl Lamers von der CDU/CSU-Fraktion.

**Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir reden heute über den Jahresabrüstungsbericht 2002.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Schon eine ganze Weile!)

Rüstung und Abrüstung haben schon immer in der Geschichte die Geister bewegt. Der britische Journalist und Schriftsteller Gilbert Keith Chesterton hat einmal gesagt – ich empfehle dieses Zitat Ihrer Aufmerksamkeit –:

Es ist nur verständlich, dass die Wölfe die Abrüstung der Schafe verlangen, denn deren Wolle setzt dem Biss einen gewissen Widerstand entgegen.

(Heiterkeit bei der SPD)

So kann es natürlich nicht gehen, meine Damen und Herren. Abrüstung heißt nicht, dass die Starken die Schwachen zur Abrüstung zwingen, um anschließend umso leichtere Beute zu haben. Abrüstung heißt, Vertrauen zu bilden, Stabilität zu schaffen und Sicherheit zu stärken.

(Beifall des Abg. Dr. Friedbert Pflüger [CDU/ CSU]) und der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das wichtigste abrüstungspolitische Ereignis dieser Tage war in der Tat die Nachricht aus Teheran, dass der Iran eingelenkt und sein nukleares Anreicherungsprogramm ausgesetzt habe. Das hört sich gut an. Ich bitte die Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass dies im Ergebnis auch gut wird;

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Iran gehört nach dem vorliegenden Abrüstungsbericht zu den so genannten Problemstaaten, deren Nuklearprogramm nicht eindeutig eine militärische Nutzung ausschließt. Der Verdacht ist gewiss nicht von der Hand zu weisen, der Iran entwickle Nuklearwaffen – ein Alptraum für die ganze Welt!

Alle Zeitungen haben es berichtet: Der britische, deutsche und französische Außenminister haben die Zusicherung des Iran erreicht, entsprechende Nuklearprogramme auszusetzen und nur noch **friedliche Atomenergienutzung** zu betreiben. Ich erlaube mir nur die Frage: Wo war Solana? Wäre es nicht besser gewesen, Europa mit einzubeziehen?

(Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Gut! Sehr guter Hinweis!)

Unabhängig davon gibt ihnen der Erfolg Recht.

Meine Damen und Herren, dieses Beispiel zeigt, was gemeinsamer, entschlossener und entschiedener Druck in einer solchen Angelegenheit erreichen kann, wenn Amerikaner und Europäer gemeinsam Seite an Seite deutlich machen, dass sie nicht bereit sind, den Appetit von weiteren Staaten auf Atomwaffen hinzunehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU]: Richtig! Absolut richtig!)

Genau dies ist im Fall Iran geschehen. Da haben alle an einem Strang gezogen: Die Amerikaner auf ihre Weise und die Europäer, die bemerkenswerterweise diesmal zusammenstanden: Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

Dieses Beispiel zeigt aber auch, dass man aus Fehlern lernen kann. Wie man sieht, mit Erfolg: Im Irak war die Weltgemeinschaft gespalten. Besser gesagt, sie wurde gespalten, nicht zuletzt durch den deutschen Bundeskanzler,

(Zuruf des Abg. Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

der im Wahlkampf erklärte – das müssen Sie sich anhören, Herr Nachtwei –, egal was die Waffeninspektionen zutage förderten, Deutschland werde sich auf keinen Fall an Maßnahmen gegen den Irak beteiligen, auch nicht im Rahmen der Vereinten Nationen.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bis jetzt war Ihre Rede eigentlich gut!)

Das war schlimm; denn hier wurde Außenpolitik innenpolitisch instrumentalisiert und die Weltgemeinschaft durch eine neue Achse Berlin–Paris–Moskau gespalten. Dies hat der Abrüstung einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Solche Spaltungen nützen immer dem, den man eigentlich zur Ordnung rufen will. Das war damals Saddam Hussein.

Ich freue mich, dass es im Iran jetzt offensichtlich anders ist. Für mich ist diese Erkenntnis auch die Quintessenz aus einem persönlichen Gespräch mit dem **Chief Inspector Hans Blix** im Dezember des vergangenen Jahres in New York, der sagte, die Weltgemeinschaft habe bei der Abrüstung nur dann Erfolg, wenn sie wirklich zusammenstehe. Aber gerade dies war damals nicht der Fall. Vielleicht hätten wir den Krieg verhindern können, wenn wir glaubwürdig, geschlossen und mit einer Stimme aufgetreten wären.

(Beifall bei der CDU/CSU – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nicht gemeinsam in Gefolgschaft! So ist die Sache!)

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung verfolgt nach ihren eigenen Worten einen kooperativen und präventiven sicherheitspolitischen Einsatz. Das geht in Ordnung. Ich frage aber, ob sie hier nicht schon wieder einen Gegensatz zur Haltung unserer amerikanischen Freunde aufbaut, wenn sie in diesem Bericht wörtlich ausführt, dass „der Schwerpunkt des US-Ansatzes ... in Maßnahmen zur Counterproliferation sowie militärischer Abschreckung“ liege, die sich alle Optionen der hoch entwickelten US-Militärtechnologie offen halte.“ Um es klar zu sagen: Ich sehe darin keinen Gegensatz, für mich gehört beides zusammen.

Wir alle wollen eine Welt mit weniger Waffen. Wir wollen keine weitere Verbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Kampfmitteln. In Afghanistan hat die Weltgemeinschaft ein Zeichen gesetzt, dass sie nicht willens ist, Gewalt und Terrorismus hinzunehmen. Auch im Irak gibt es ein entsprechendes Signal. Die Welt hat in beiden Fällen Verantwortung übernommen. Ein Scheitern hier wie dort würde das Ende jeder Abschreckung bedeuten und nur die Falschen ermuntern.

Im Jahresabrüstungsbericht sind Erfolge, aber auch Defizite und Schattenseiten aufgelistet worden. Bezüglich des Iraks habe ich darauf hingewiesen, dass es die Möglichkeit gegeben hätte, gemeinsam erfolgreich zusammenzustehen. **Nordkorea** ist jetzt in der Tat ein Krisenherd. Ich meine, wir sind alle gut beraten, der nordkoreanischen Regierung ein deutliches Signal zu geben. Auch hier muss die Weltgemeinschaft

zusammenstehen. Nordkorea braucht keine Nuklear- und Langstreckenwaffen, um in der Zukunft bestehen zu können, sondern Reis, Brot und Energie.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

In dieser Welt sind alle Verantwortlichen aufgerufen, dem Konfrontationskurs Nordkoreas so zu begegnen, dass es nicht zu einer Katastrophe kommt. Reden wir miteinander und zeigen wir dem Regime in Nordkorea die Grenzen auf!

Lassen Sie mich abschließend noch eine Bemerkung zu den Ausführungen über die **Entwicklung des Streitkräftepotenzials in Deutschland** machen. In dem Bericht steht etwas von Reform der Bundeswehr. Von neuen Prioritäten und Herausforderungen ist die Rede. Dann aber kommt die Sache mit dem Geld. Wir haben gestern im Verteidigungsausschuss deutlich gemacht, dass wir den Verteidigungshaushalt ablehnen, Herr Staatssekretär – Sie wissen das, Sie sind ein ehrlicher Mensch –,

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

weil wir überzeugt sind, dass Sie mit diesem Haushalt in Höhe von 24,3 Milliarden Euro die alten und neuen Aufgaben der Bundeswehr nicht bewältigen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen einen klaren Auftrag der Bundeswehr und, daraus abgeleitet, das dafür notwendige Geld. Das, was Rot-Grün macht, geht auf keinen Fall. Es können nicht immer mehr Aufgaben und Einsätze mit deutlich weniger Geld bestritten werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

So kann man Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in diesem Land nicht gestalten.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit weit überzogen. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

**Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) (CDU/CSU):**

Einen Satz noch. – Lassen Sie mich mit Robert Schuman enden, der einmal gesagt hat: Die Abrüstung der Geister muss der Abrüstung der Waffen vorausgehen.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Fangen Sie mal damit an!)

Das entspricht auch meiner Überzeugung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat die Kollegin Petra Pau.

**Petra Pau (fraktionslos):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung hat erneut einen umfangreichen Bericht zur Abrüstung vorgelegt. Großen Raum nehmen darin die Massenvernichtungswaffen, deren Nichtverbreitung und Rückbau ein. Meine dreiminütige Rede bezieht sich weniger auf das, was Sie an Positivem auflisten, sondern mehr auf das, was Sie schwammig umschreiben oder ganz verschweigen.

Erstes Beispiel: Sie verweisen darauf, dass Nordkorea aus dem **Atomwaffensperrvertrag** ausgetreten ist. Sie kritisieren das zu Recht und warnen vor den unkalkulierbaren Risiken. Sie verschweigen aber, dass Indien, Pakistan und Israel, ebenso mutmaßlich Kernwaffen besitzende Staaten, dem Vertrag bislang überhaupt noch nicht beigetreten sind. Sie verschweigen darüber hinaus, dass die USA an der Entwicklung einer neuen Generation von Kernwaffen arbeiten, dafür neue Testgelände erschließen und so eklatant gegen bestehende Verträge verstoßen.

Ich vermissе auch eine eindeutige Position zum Einsatz von uranangereicherter Munition durch die USA und Großbritannien wie jüngst im Irakkrieg.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Hinzu kommt: Die Wahrscheinlichkeit ist riesengroß, dass sich weitere Länder in ein nukleares Abenteuer stürzen, nachdem die USA völkerrechtswidrig einen Eroberungskrieg gegen den Irak geführt haben. Diese

Bedrohungen sind nicht minder groß als die von Ihnen aufgelisteten. Daher gehören auch sie in einen seriösen Bericht.

Zweites Beispiel: Sie schreiben mehrfach über bessere Kontrollen, um **Rüstungsexporte** einzudämmen. Sie widmen sich in Abschnitt VII des Berichts den so genannten Kleinwaffen, leichten Waffen und Antipersonenminen. Das tun Sie wiederum zu Recht; denn die bewaffneten Konflikte der vergangenen Jahre, zum Beispiel in Afrika, wurden zu einem großen Teil mit solchen Kleinwaffen ausgetragen. Jemand hat sie einmal die Massenvernichtungsmittel der heutigen Kriege genannt.

Zu den am meisten exportierten und eingesetzten Kleinwaffen aber zählt neben der Kalaschnikow das deutsche G3-Schnellfeuergewehr von Heckler & Koch. Davon wurden 7 Millionen exportiert. In 17 Ländern wird es in Lizenz gebaut und in 64 Ländern wird es eingesetzt. Sie erklären, Sie wollen Rüstungsexporte eindämmen. Gut, dann fangen Sie zu Hause, hier in Deutschland an und nehmen Sie endlich auch Ihre eigenen Richtlinien ernst.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Demnach untersagen Sie sich nämlich selbst, Rüstungsgüter in Krisenregionen zu exportieren. Sie tun es dennoch unvermindert, wie auch das Beispiel Israel zeigt.

Drittes und letztes Beispiel: Sie widmen im vorliegenden Bericht dem **internationalen Terrorismus** viel Platz. Das war zu erwarten. Das macht den Bericht allerdings nicht besser. Die PDS im Bundestag bleibt dabei: Den Kampf gegen den Terrorismus kann man gewinnen, einen Krieg dagegen nicht; denn Krieg löst keine Probleme, Krieg schafft neue Probleme. Deshalb ist auch die NATO-Strategie falsch, die Sie im Bericht loben, ebenso die Militarisierung der EU.

Da wir hier über wirkliche Abrüstung reden: Die laufende Hoch- und Umrüstung der Bundeswehr ist das Gegenteil davon. Das steht auch nicht in dem Bericht, gehört jedoch dazu.

Ein letzter Punkt: Eigentlich hätten wir schon heute Morgen in der Kernzeitdebatte, als wir hier das weite Thema Tourismus behandelt haben, über einen echten Abrüstungsschritt reden müssen, nämlich darüber, endlich das **Bombodrom** in der Kyritz-Ruppiner Heide zu schließen, statt in ein solches Tourismusgebiet einen Bombenabwurfplatz hineinzupflanzen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

#### **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Winfried Nachtwei vom Bündnis 90/Die Grünen.

#### **Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie gestatten, dass auch ich mit gestern anfangen, allerdings mit gestern vor 20 Jahren, als Hunderttausende von Menschen in der damaligen Bundesrepublik auf die Straße zogen, um gegen neue Atomwaffen in der Bundesrepublik zu protestieren. So viele Positionen sich sonst auch in der Zwischenzeit geändert haben mögen: Dieser Protest damals war und ist richtig. Es war ein Protest gegen den Wahnwitz der Atomrüstung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Heute, 20 Jahre danach, ist der Ost-West-Konflikt Gott sei Dank überwunden und sind die riesigen Atomwaffenarsenale erheblich abgebaut worden. In diesem Zusammenhang kann ich allerdings nicht verstehen, warum laut Presseberichten noch 64 Atombomben mit einer Sprengkraft von 600 Hiroshima-Bomben in der Bundesrepublik lagern. Dies ist ein Überbleibsel des Kalten Krieges und meiner Auffassung nach nicht zu rechtfertigen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] und der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Zugleich stellt die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen an neue staatliche und nicht staatliche Akteure eine neue Herausforderung dar. Der Jahresabrüstungsbericht der Bundesregierung macht deutlich, wie vielfältig die Bemühungen um Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sind und dass diese sehr zu Unrecht im Schatten öffentlicher Aufmerksamkeit stehen.

Auch ich will hier nur zwei gute Beispiele nennen, die weitgehend unbekannt sind: Das ist erstens die **G-8-Initiative „Globale Partnerschaft“**, die im vorigen Jahr von Kanzler Schröder und Präsident Putin angestoßen wurde, um mit den Altlasten des Kalten Krieges im Bereich der Massenvernichtungswaffen aufzuräumen. Die Bundesrepublik leistet in diesem Bereich hervorragende Beiträge. Das erste gemeinsame deutsch-russische Projekt zur Chemiewaffenvernichtung ist das einzige Projekt in Russland, welches in diesem Bereich überhaupt funktioniert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das zweite gute Beispiel ist die **Selbstverpflichtung der Bundesregierung**, alle ausgemusterten Kleinwaffen der Bundeswehr, eben gerade die G3-Gewehre, zu vernichten. Das sind Hunderttausende von Gewehren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir müssen aber auch sehr nüchtern feststellen: Das letzte Jahr war ein schlechtes Jahr für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Die verschiedenen Aspekte sind – das ist schon genannt worden – der deutliche Anstieg der Weltrüstungsausgaben, die zerfallenen Staaten mit der privatisierten Gewalt, Rüstungswettlauf in Asien und – leider treibend bei der Krise der Rüstungskontrolle – die US-Regierung, die mit der Nuclear Posture Review und der Entwicklung von Kleinstatomwaffen die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen deutlich absenkt und deren so genannter Präventivkrieg gegen den Irak ein Schlag gegen das **Völkerrecht** und die multilaterale Abrüstung war.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich kann nicht verstehen, Kollege Lamers, und zwar heute noch weniger als damals, dass Sie dieser Art von völkerrechtswidrigem Krieg im Grunde genommen noch immer zustimmen. Das sprechen Sie nicht ehrlich und offen aus, aber Sie äußern hier indirekt Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN – Claudia Roth [Augsburg]  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ziemlich offen!)

Vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen und der Krise der Rüstungskontrolle ist der Antrag der Koalitionsfraktionen von besonderer und höchster Aktualität. In ihm wird die Krise der Rüstungskontrolle partnerschaftlich, aber deutlich beim Namen genannt. Er macht deutlich, dass neue Impulse unbedingt notwendig sind, um zu einer Stärkung und Universalisierung der multilateralen Abkommen zu kommen.

Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, das Instrument der multilateralen Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung wirksamer zu machen. Wodurch soll es wirksamer gemacht werden? Erstens kann das über den **politischen Dialog** geschehen, bei dem die Sicherheitsinteressen der anderen Seite wahrgenommen werden und bei dem man nicht einfach davon ausgeht, dass die anderen die Bösen sind, die dann sozusagen platt gemacht werden. Zweitens kann die Verifikation, also die Überprüfung, mit **Sanktionsmöglichkeiten** dazu beitragen. Aber politisch wirksam werden diese Maßnahmen nur, wenn sie auf dem Boden des Völkerrechts und mit der Stärke des Rechts durchgeführt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Ich empfinde es als ausgesprochen ermutigend, dass sich die Europäische Union mit ihrem Entwurf einer Sicherheitsstrategie auf diesem Weg befindet. Ich empfinde es als ausgesprochen ermutigend, dass die Außenminister von Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik auf dieser Basis gegenüber dem Iran agiert haben und einen ersten Durchbruch erzielt haben. Schließlich finde ich es ermutigend, dass wir in der Frage Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung in diesem Hause – vor allem der erste Sprecher der Unionsfraktion hat das deutlich gemacht – weitgehend an einem Strang ziehen.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat nun der Kollege Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg von der CDU/CSU-Fraktion.

**Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Nachtwei, ich unterstütze Sie bei dem, was Sie in Ihrem letzten Satz gesagt haben, dass wir in vielen Punkten weitgehend an einem Strang ziehen.

Ich will nicht auf gestern zurückblicken, weil ich die Bewertung mit allen in diesem Hause teile. Ich will aber einen Blick zurück in den vergangenen Juni werfen sowie einige Kritikpunkte nennen, die sich insbesondere auf den Antrag, den wir heute behandeln, beziehen. Im vergangenen Juni war ein hörbarer Seufzer der Erleichterung in der Bundesregierung zu vernehmen, dass endlich und ohne eigenes Zutun der **Entwurf einer europäischen Sicherheitsstrategie** auf den Weg gebracht wurde. Diese Strategie in Form des Solana-Papiers enthält, wie wir gehört haben, wichtige Ansätze zur Abrüstung und Rüstungskontrolle. Diese Strategie ist in ihren wesentlichen Inhalten auf die einvernehmliche Zustimmung der derzeitigen und kommenden europäischen Mitglieder gestoßen. Im Dezember ist aller Voraussicht nach eine Entscheidung bezüglich dieses Papiers zu erwarten.

Es gibt viele Punkte in Ihrem Antrag, die sehr lobenswert sind. Es verwundert aber doch, dass nur vier Monate später und so kurz vor jenem Dezember ein Antrag zur Beratung vorliegt, der in elementaren politischen und strategischen Punkten insbesondere im Begründungsteil eine Abstimmung mit den Vorschlägen Solanas nicht erkennen lässt. So schließt der Text des Solana-Papiers – es mag vielleicht ein wenig schwärmerisch sein, aber nicht minder bedeutsam – mit einem Appell an die transatlantische Zusammenarbeit, nämlich die europäische und die amerikanische Sicherheitsstrategie, die ebenfalls essenzielle Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen umfasst, aufeinander abzustimmen.

Diesbezüglich ist es lohnend, den Begründungsteil Ihres Antrags zu überprüfen. Im Ergebnis bietet er – das kann ich Ihnen leider nicht ersparen – ein ärmliches Bild, weil hier erneut lediglich Pauschalurteile und Verurteilungen mit einer Konzentration auf die Vereinigten Staaten abgegeben werden. Die „**nationale Sicherheitsstrategie**“ der Vereinigten Staaten wird wie immer holzschnittartig – das mussten wir so oft hören – auf den Begriff Präemption verkürzt. Ähnlich wird die „Strategie zur Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen“ behandelt. Ich glaube, wir werden in dieser Zeit aufpassen müssen, dass wir unsere Stammtische durch den sprachlichen Stil nicht aufrüsten. Das wäre der falscheste Beitrag, den wir mit der Begründung eines durchaus richtigen Antrages leisten könnten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Frau Zapf, die vielen durchaus begrüßenswerten und nicht unvernünftigen Einzelforderungen – Ruprecht Polenz hat sie benannt – erfahren mit einer solchen Ummantelung eine bedauerliche Abwertung.

(Uta Zapf [SPD]: Das ist doch überhaupt nicht wahr!)

Wenn Sie diese Diktion in Ihrem Antrag beibehalten, dann leisten Sie einen erneuten Beitrag zur Pflege der transatlantischen Verwerfungen. Das wünscht niemand in unserem Haus.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie auf diese Weise die notwendige Zusammenführung und Feinabstimmung der beiden vorhandenen großen Strategien bewerkstelligt werden sollen, bleibt Ihr Geheimnis. Allerdings ist es dann konsequent – diesen Punkt konnte ich auch nicht finden –, dass kein wirklich überzeugender Zusammenhang innerhalb der Bedrohungstrias Proliferation, internationaler Terrorismus und Failed States hergestellt wird. Damit fällt es leicht, jeglichem **Einsatz von militärischen Mitteln**, so wie Sie es tun, scharf entgegenzutreten und diesem im Forderungsteil durch ein geradezu apodiktisches Nichtnennen eine entsprechende Wertung zuteil werden zu lassen.

(Uta Zapf [SPD]: Sie müssen mal den Antrag lesen!)

Das mag Ihrer respektablen Überzeugung sicher sehr entsprechen. Allerdings muss man die Frage stellen, ob man in diesem Gesamtzusammenhang damit einen europäischen Konsens herstellt.

Sie schreiben in Ihrem Antrag: Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf – ich darf das zitieren –,

die Erarbeitung einer europäischen Nichtverbreitungs- und Sicherheitsstrategie zu nutzen, um die Bedeutung vertraglich verankerter und kooperativer Rüstungskontrolle zu stärken ...

Schön und gut und richtig. Weiterhin steht in Ihrem Antrag, dass die internationale Gemeinschaft geschlossen auf Verletzungen von Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregeln reagieren soll.

Wenn Ihr Beitrag zur Geschlossenheit im Begründungsteil in der Nichtbeachtung gewisser gemeinsamer – europäischer und amerikanischer – Erkenntnisse besteht, nämlich dass beispielsweise – was sicherlich nie wünschenswert ist – als Ultima Ratio auch der Einsatz militärischer Mittel nicht ausgeschlossen werden kann, dann leisten Sie – ich sage es noch einmal – keinen gewichtigen Beitrag zu jener Geschlossenheit und für die Zusammenführung dieser Strategien. Deshalb darf man schon die Frage stellen – in eineinhalb Monaten stehen wir möglicherweise vor ihr –: Wollen Sie nun Solana oder nicht? Ich erwarte von der Bundesregierung und der rot-grünen Koalition irgendwann eine Festlegung, damit wir wissen, woran wir hier sind.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Harald Leibrecht [FDP])

Sie fordern zu Recht ein **multilaterales Handeln**. Effektiver Multilateralismus gründet sich gelegentlich aber auch auf einen angemessenen Tonfall und entsprechende Umgangsformen mit unseren Partnern. Beides lassen Sie in diesem Antrag – wiederum im Begründungsteil – vermissen. Effektiver Multilateralismus verbietet auch unreflektierte Pauschalierungen wie Kritiklosigkeit. Natürlich muss, darf und soll Kritik auch gegenüber unseren Partnern möglich sein. Das müssen wir uns ohne Frage gegenseitig gestatten. Wir müssen nur sehr aufpassen, dass wir in all diesen Dingen Kritik nicht zur Manie werden lassen, nämlich dann, wenn man die Suppe vor lauter Haaren nicht mehr schmeckt.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Genau!)

Das transatlantische Verhältnis bzw. der Atlantik scheint in meinen Augen aber noch voll von Haaren zu sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zum Jahresabrüstungsbericht 2002 der Bundesregierung, Drucksachen 15/1104 und 15/1800. Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Bundesregierung zu bitten, mit der jährlichen Berichterstattung fortzufahren. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist bei Enthaltung der beiden fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/1786 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.